

Planungssicherheit und Perspektive

Musikschule Holzminden soll von der Stadt mehr Förderung erhalten, aber weniger als beantragt

VON THOMAS SPECHT

HOLZMINDEN. Die Musikschule Holzminden muss, verglichen mit anderen Einrichtungen, mit einem vergleichsweise bescheidenen Salär wirtschaften. Dabei kann sie ihren Lehrern nur zwei Drittel des an kommunalen Musikschulen üblichen Tariflohns zahlen und es wird zunehmend schwieriger, ihre qualifizierten Lehrkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Einige Lehrer hat die Musikschule bereits kurzfristig an allgemeinbildende Schulen „verloren“. Die Musikschule hat daher eine sich jährlich steigende Erhöhung des städtischen Zuschusses beantragt, der zurzeit 69.000 Euro im Jahr beträgt und über längere Zeit nicht angehoben worden ist. Wie sich im Kulturausschuss der Stadt abzeichnete, wird der Rat einer Erhöhung der Mittel zustimmen, allerdings nicht in der gewünschten Höhe. So wird voraussichtlich ein dreijähriger Fördervertrag mit dem Trägerverein Musikschule Holzminden geschlossen werden, der monatliche Ratenzahlungen festschreibt. Dann wird, wenn die Ausschussmehrheit im September auch der Ratsmehrheit entsprechen wird, die Stadt Holzminden die Musikschule von 2020 bis 2022 mit jährlich 90.000 Euro bezuschussen.

Alarm geschlagen und um größere städtische Unterstützung gebeten hatte Musikschulleiter Alexander Käberich im März bei einer Kulturausschusssitzung in seinem Haus (der TAH berichtete). Außerdem war die Musikschule Anfang des Jahres in finanzielle Not geraten, da sich die Auszahlung der Teilbeträge des städtischen Zuschusses an den Verein verzögerte, weil der Haushalt der Stadt noch nicht freigegeben war. Ein solcher Engpass soll künftig vermieden werden, indem eine monatliche Zahlungsweise festgeschrieben wird.

Die Musikschule war im Frühjahr gebeten worden, einen entsprechenden Fördervertrag auszuarbeiten und zu beantragen. Daraus ist inzwischen eine Beschlussvorlage der Verwaltung entstanden, die gerade ihren Weg durch



Die Holzmindener Musikschule in der Neuen Straße. Sie leistet anerkannt gute Arbeit und ist eine wichtige Bildungseinrichtung. FOTO: KÄBERICH

die politischen Gremien angetreten hat und am 10. September vom Rat verabschiedet werden soll. Debattiert wurden Förderung und Vertrag jetzt im Ausschuss für Kultur und Tourismus. Der Bedarf wird grundsätzlich anerkannt, die qualitativ gute und wichtige Arbeit der Musikschule anerkannt. Dennoch kommen die Parteien zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen: SPD, Grüne und Linke stimmen der Verwaltungsvorlage zu, die dem Antrag der Musikschule folgt. Demnach würde die Stadt ihren Zuschuss von jetzt 69.000 Euro auf 90.000 Euro im Jahr 2020, dann auf 110.000 Euro 2021 und 130.000 Euro 2022 erhöhen. Dietrich Vogel (FDP) stellte einen Änderungsantrag, wonach der Zuschuss auf 90.000 Euro erhöht, aber in dieser Höhe für die nächsten drei Jahre deckelt. Dies sei „unter dem Gesichtspunkt der freiwilligen Leistungen und finanziellen Situation unserer Stadt ein ganz erheblicher Brocken“, so Vogel. Er verwies auf zu finanzierende Projekte wie Erlebniswelt, Feuerwehrgerätehaus, Schulneubau und weitere investive Maßnahmen. Bei einer signifi-

kanten Änderung der Schülerzahlen soll der Zuschuss neu berechnet werden. Gleichwohl wolle man der Musikschule Planungssicherheit ermöglichen. Dies sei ein „fairer Kompromiss“, argumentierte Vogel.

„Wir können froh sein, dass wir einen solchen Verein haben.“

Uwe Schünemann
Ratscherr

Auch Uwe Schünemann (CDU) würdigte die Arbeit der Musikschule: „Wir können froh sein, dass wir einen solchen Verein haben. Die Qualität hat sich in den letzten zehn Jahren enorm entwickelt.“ Die Erhöhung auf 90.000 Euro sei gerechtfertigt, und man müsse nachdenken, wie die Stadt die Musikschule darüber hinaus unterstützen könne. Sein Vorschlag: Sie könne auch in einem städtischen Gebäude untergebracht sein, mittelfristig zum Beispiel in der Karlschule, wenn der Grundschulneubau einmal fertig sei. Bei der Wertigkeit kultureller Förderung sieht Schünemann gegenüber dem

Straßentheater-Festival den „eindeutigen Schwerpunkt“ im Unterricht der Musikschule.

Ruth Horstkotte-Bald (Grüne) zeigte sich froh darüber, dass jetzt ein Fördervertrag über drei Jahre abgeschlossen werden soll. Der finanzielle Sprung sei gerechtfertigt, weil der Zuschuss viele Jahre nicht angepasst worden sei. „Das Kollegium macht supertolle Arbeit“, sagte sie und die Stadt müsse ihren Beitrag leisten, die Musikschule noch attraktiver zu machen. Sie plädierte dafür, dem Antrag mit steigenden Zuschüssen zu folgen. Das sah auch Sabine Golczyk (Linke) so. Die Steigerung sei „absolut notwendig“. Ihr fehlte eine festgeschriebene Förderung von Kindern aus Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die Stadt solle vier Stipendien, zwei für Mädchen, zwei für Jungen, finanzieren. Erste Stadträtin Sarah Humburg verwies auf den „Familienpass plus“, den der Stadtrat demnächst beschließen soll. Er schließe auch Musikunterricht ein.

Auch Thomas Jacke (SPD) warb für den Beschlussantrag in seiner ursprünglichen Form, also mit jährlicher Stei-

gerung. Und Marlies Linneemann (SPD) argumentierte: „Es geht hier um die Lebensfähigkeit der Musikschule.“ Man müsse unterscheiden zwischen einer institutionellen und einer Projektförderung von Vereinen. Gerd Schläger (GFH) verwies auf den „unheimlichen Batzen an freiwilligen Leistungen“ und einen seriösen Umgang mit den Haushaltsmitteln. Man unterstütze daher den Änderungsantrag Vogels „ausdrücklich“.

Musikschulleiter Alexander Käberich, der die Diskussion als Zuhörer verfolgt hatte, freute sich einerseits über die Bereitschaft, den städtischen Beitrag zu erhöhen. „Es ist wirklich toll, wenn man diesen politischen Zuspruch bekommt.“ Andererseits könne er die Gehälter damit lediglich einmalig um sechs Prozent erhöhen und den Lehrern keine Perspektive für die nächsten Jahre aufzeigen. „Die Kollegen werden geradezu abgeworben von Schulen“, sagte er sorgenvoll. Zum Schünemann-Vorschlag: Die Miete des Hauses sei zu zwei Dritteln durch Fundraising gedeckt, also durch Förderer getragen.